

Hugo Baur – ein fast vergessener Konstanzer Zentrumspolitiker zwischen Monarchie und Republik

Von Michael Kitzing, Singen (Hohentwiel)

Eine der interessantesten und prägendsten Persönlichkeiten in der Geschichte der Stadt Konstanz, wie in der Geschichte der Bodenseegegend in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, ist ohne Zweifel der Konstanzer Anwalt und Zentrumspolitiker Dr. Hugo Baur.¹ Obwohl Baur niemals über ein Reichs- oder Landtagsmandat verfügte, kam ihm gleichwohl innerhalb der Badischen Zentrumspartei, deren Vorstand er angehörte und deren Vorsitz er im ersten badischen Landtagswahlkreis führte, eine zentrale Stellung zu. So war Baur von Jugend an mit den führenden Persönlichkeiten des katholischen Lagers in der badischen Landespolitik bekannt und wurde schon in jungen Jahren zu einem überaus engagierten Wahlkämpfer und Vertreter der Rechte der badischen Katholiken. Mit der Übernahme des Vorsitzes der Zentrumspartei in Konstanz kam nun sein ausgeprägtes Talent als »Wahlkampfmanager« zum Tragen, während er gleichzeitig als begabter Organisator maßgeblich an einer Professionalisierung der Strukturen der Zentrumspartei im Seekreis Teil hatte.

Den wichtigsten Einschnitt im Leben Baurs bedeutete schließlich die von seinem Parteifreund Matthias Erzberger formulierte Friedensresolution des Reichstages im Jahr 1917, in der sich die Mehrheitsparteien Sozialdemokratie, Zentrum und Fortschrittspartei angesichts des Scheiterns des U-Boot-Krieges und der immer ange spannter werdenden Kriegslage zu einem Frieden ohne »Annexionen und Kontributionen« bekannten. Die Friedensresolution, die er bedingungslos unterstützte, bildete für Baur den Ausgangspunkt für ein aktives Engagement in der Friedensbewegung, das von ihm auch in der Nachkriegszeit durch die Einberufung der so genannten Bodensee-Konferenzen in den Jahren 1921–26 fortgesetzt wurde. Neben Völkerverständigung und internationalem Ausgleich wurde das Eintreten für den demokratischen Verfassungsstaat schließlich zum zentralen Lebensinhalt für den Konstanzer Rechtsanwalt – ein Ziel, das er bis zur völligen physischen Erschöpfung verfolgt hat.

1 Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. 9 Bände, Köln 1927–1932, hier: Band. 8, S. 98–210; Baur, Hugo: Mein politischer Lebenslauf. Konstanz 1929; Geiges, Michael: Die Deutsche Bodensee-Zeitung. Versuch einer katholischen Tageszeitung, im Dritten Reich zu überleben. Konstanz 1986; Wolf, Stephan Ph.: Hugo Baur. In: Badische Biographien Neue Folge Bd. IV. Hg. von Bernd Ottnad. Stuttgart 1996, S. 19–20

Im Folgenden soll der politische Lebensweg Baurs näher gewürdigt werden, wobei gleichzeitig ein Blick auf die Entwicklung und das Selbstverständnis der Katholiken in Konstanz zwischen Monarchie, Demokratie und Diktatur geworfen wird.

Hugo Baur wurde am 23. März 1869 in Uhldingen-Mühlhofen geboren, wobei er wie viele spätere Spitzenpolitiker der Badischen Zentrumspartei eher einfachen Verhältnissen entstammte. Der Vater hatte ursprünglich das Bäckerhandwerk erlernt und betrieb gemeinsam mit seiner Frau in Uhldingen-Mühlhofen einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb. Beide Elternteile waren überaus stark im politischen Katholizismus engagiert und vermittelten ihrem Sohn bereits früh die entsprechenden politischen Werte. Der Unterstützung durch den Ortsgeistlichen verdankte es Baur schließlich, dass er nach dem Besuch der achtjährigen örtlichen Volksschule 1883/84 zunächst die mittlere Reife im Kloster Mehrerau bei Bregenz erwarb, bevor er 1884–86 die Lehranstalt des Dekans Franz Xaver Lender in Saßbach und 1886–89 das Konstanzer Gymnasium besuchte.

Auf das Abitur in Konstanz folgte in den Jahren ab 1891 das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften zunächst in München, später in Heidelberg, das Baur 1895 erfolgreich mit der ersten Staatsprüfung abschloss. Seine Tätigkeit als Rechtspraktikant führte Baur an das Amtsgericht Überlingen und anschließend an das Bezirksamt Neustadt, wo Baur teilweise die Aufgaben des Dienstverwesers übertragen wurden und er die Ehre hatte, einen Empfang für die großherzogliche Familie ausrichten zu dürfen. 1896 folgten weitere meist kurze Stationen, u. a. bei der Staatsanwaltschaft Waldshut und am Notariat in Sinsheim.

Den Rest seiner Vorbereitungszeit verbrachte Baur in der Anwaltskanzlei von Dr. Süpfle in Karlsruhe sowie beim Landgericht Konstanz. Entgegen dem Ratschlag von Dr. Süpfle hat sich Baur nicht als Anwalt in Karlsruhe niedergelassen, sondern kehrte nach Konstanz zurück, »weil mich der Bodensee und meine Heimat immer angezogen haben«². Damit hat Baur freilich die Möglichkeit zu einer noch weiterführenden politischen Karriere aufgegeben. In Karlsruhe, und hierauf hat ihn Dr. Süpfle ausdrücklich aufmerksam gemacht, wäre er einer von nur wenigen Anwälten gewesen, die sich juristisch und politisch für die Belange der Zentrumspartei einsetzen. Ein Freund Baurs aus der gemeinsamen Schulzeit in Saßbach und der Studienzeit in Heidelberg, der spätere badische Justizminister Gustav Trunk, hat genau diese Möglichkeit genutzt und seine politische Laufbahn als Vereinsanwalt des katholisch geprägten Badischen Bauernvereins im Raum Karlsruhe begonnen.

Neben Trunk hat Baur auch zahlreiche andere, später führende katholische Politiker während seiner Studienzeit kennen gelernt, u. a. den Münchner Rechtshistoriker Konrad Beyerle, der einer angesehenen Konstanzer Familie entstammte und in den 1920er Jahren ein Reichstagsmandat für die Bayerische Volkspartei innehatte, aber auch den späteren bayerischen Innenminister Dr. Stützel. Im konservativen Lager hat Baur bereits in seiner Jugendzeit den Markgrafen Wilhelm von Baden kennengelernt und schließlich den Karlsruher Publizisten Adam Röder, später ebenfalls

2 Baur, a. a. O. 1929, S. 23



Hugo Baur als junger Rechtsanwalt in Konstanz.

Reichstagsabgeordneter der Badischen Zentrumspartei, den er während seiner Tätigkeit in der Anwaltskanzlei Dr. Süpfle verteidigte. Weit weniger erfreulich war die Bekanntschaft mit dem nationalliberalen Kulturkämpfer Prof. Dr. Böhtlingk von der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Sein politisches Engagement für die katholische Zentrumspartei hat Baur bereits als Schüler des Konstanzer Gymnasiums begonnen. Unter anderem verfasste er während dieser Zeit für das örtliche Zentrumsblatt, die »Konstanzer Nachrichten« sowie für das »Münchener Fremdenblatt« Artikel zum Thema »Bedeutung der Klöster für die deutsche Kultur«. Sein publizistisches Gegenüber dabei war kein geringerer als der liberale Konstanzer Landgerichtspräsident Kiefer, nach Baurs Worten »ein bekannter Kulturkämpfer und Abgeordneter, der Vorträge im Museum gegen die Jesuiten hielt«.³

Damit hatte sich Baur bereits mitten in die tagespolitischen Diskussionen in Baden an der Wende zum 20. Jahrhundert eingeschaltet: Die 1888 unter Führung von Theodor Wacker gegründete Badische Zentrumspartei hatte sich eine umfassende Revision der in Baden größtenteils noch immer bestehenden Kulturkampfgesetzgebung zum Ziel gesetzt, während es gleichzeitig galt, die Macht des Nationalliberalismus, der aus Sicht der Zentrumspartei einzig für den Kulturkampf verantwortlichen Partei, zu brechen. Die Nationalliberale Partei war für die Katholiken nichts anderes als das »Gift im Staatsleben Badens« und wurde nicht als Gegner, sondern schlicht als »Feind der katholischen Kirche« gebrandmarkt.⁴

Den letzten Höhepunkt erreichte der Kulturkampf in Baden schließlich 1903, als es der Zentrumspartei gelang, einen Landtagsbeschluss zu erreichen, der die Wiederzulassung von männlichen Orden in Baden in greifbare Nähe rückte, was die Nationalliberalen in der Folgezeit dazu veranlasste, den sogenannten »Klostersturm«, eine überaus heftige und letztlich erfolgreiche Agitation gegen die Neugründung von Klöstern in Baden, zu entfachen. Der Streit um die Zulassung männlicher Orden wie auch die Forderung der Katholiken nach Aufhebung des Missionsverbotes für Mitglieder des Jesuitenordens blieben folglich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zentrale Themen in der badischen Innenpolitik.

Neben dem Eintreten für die Wiederzulassung von Klöstern war die Auseinandersetzung mit der sozialen Frage eines der Themen, mit denen sich Baur intensiv auseinandersetzte. Während Baur selbst aus seiner Schulzeit der Besuch einer Wahlkampfveranstaltung des sozialistischen Reichs- und Landtagsabgeordneten Geck in Konstanz in Erinnerung blieb, wandte er sich während seiner Studienzeit und auch im Rahmen seiner auf CV-Veranstaltungen gehaltenen Vorträge ebenfalls der sozialen Problematik zu.

Beruflich assoziierte sich Baur zunächst mit Karl Beyerle, dem Vater seines Studienfreundes Konrad, um schließlich nach einigen Jahren eine eigene Anwaltskanzlei zu eröffnen. Politisch und gesellschaftlich war Baur seit 1898 im katholischen

3 Ebenda, S. 13

4 Wacker, Theodor: Der Kampf gegen den badischen Nationalliberalismus. Freiburg (Breisgau) 1888, S. 10

Vereinswesen der Amtsstadt überaus aktiv: die erste Initiative war dabei im Mai 1898 die Gründung der katholischen Wissenschaftsvereinigung »Veritas«, deren Ziel es ohne Zweifel sein musste, junge Beamte, Kaufleute und Bürgersöhne für die katholische Weltanschauung und mittelbar auch für die Ideale der Zentrumspartei zu gewinnen.

Gerade bei der bürgerlichen Mittelschicht herrschte aus Sicht der Zentrumspartei »Nachholbedarf«, denn diese wählte, obwohl dem katholischen Bekenntnis formal angehörig, allzu oft eine der liberalen Parteien. Im Ergebnis bedeutete dies, dass die überwiegend katholisch geprägte Amtsstadt bis zum Ende der Monarchie einen liberalen Bürgermeister hatte und stets einen liberalen oder demokratischen Abgeordneten in den Landtag entsandte, während die Zentrumspartei ihre Stimmengewinne in der Regel in den ländlichen Gebieten »holen« musste. Immerhin gelang es Baur, der zum Gründungsvorsitzenden der »Veritas« bestellt wurde, innerhalb von zehn Jahren 257 junge Mitstreiter zu sammeln.

Des weiteren engagierte er sich als Ehrenmitglied des Katholischen Gesellenvereins und auch im Badischen Bauernverein, dessen Mitgliedern Baur in der Bodenseegegend, im Hegau oder auf dem Heuberg in rechtlichen Fragen als Vereinsanwalt juristischen Beistand leistete. Weit wichtiger jedoch war der Eintritt in den katholischen Männerverein »Constantia«, dessen Leitung Baur im Jahr 1901 als Präsident übernahm. Da die Badische Zentrumspartei erst in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Aufbau von Ortsgruppen im eigentlichen Sinne begann, bildeten bis dahin die katholischen Männervereine das organisatorische Fundament der Partei vor Ort.

Somit faktisch Vorsitzender der Zentrumspartei in Konstanz, erwies sich Baur schnell als befähigter Agitator und Wahlkampfleiter seiner Partei. Dies war insbesondere 1901 der Fall, als es Baur durch geschickte Beeinflussung der Wahlmänner bei der letztmals indirekt durchgeföhrten Landtagswahl im Bezirk Engen gelang, überraschend den Kandidaten der Zentrumspartei gegen den nationalliberalen Amtsinhaber durchzusetzen. Einen jedoch noch größeren Erfolg bedeutete für Baur im Jahr 1903, die Wiederwahl von Friedrich Hug als Kandidaten der Zentrumspartei für den Reichstag gesichert zu haben. Eine besondere Genugtuung für Baur bedeutete es dabei nicht nur, dass er durch eine Polemik über »Der wahre Geist des badischen Nationalliberalismus« aktiv zur Wiederwahl Hugs beitragen konnte, sondern, dass es auch gelungen war, den nationalliberalen Gegenkandidaten, Landeskommäär von Bodman, der von der Regierung protegiert wurde, aus dem Felde zu schlagen.

Trotz des erfolgreichen Abschneidens bei den Reichstagswahlen des Jahres 1903 bildeten diese für Baur den Ausgangspunkt, sich stärker mit den Schwächen der Parteiorganisation der Zentrumspartei in der Bodenseegegend auseinanderzusetzen. Diese Schwächen machte Baur insbesondere auf dem Gebiet der Publizistik und der Presse aus: »Die wilden Kämpfe der 1860er und 1870er Jahre des Kulturkampf-Liberalismus waren deshalb so gefährlich, weil der katholische Volksteil Badens ohne eine weit verbreitete Presse war. Der amtlich unterstützten Amtsverkündigerpresse

in allen Amtsbezirken standen katholischerseits keine ebenbürtigen katholischen Blätter gegenüber. Diese mussten erst gegründet und nach und nach ausgebaut werden.«⁵

Der erste Versuch, eine katholische Tageszeitung in Konstanz zu installieren, wurde 1873 mit der Gründung des »Konstanzer Tagblattes« unternommen, das jedoch nach einigen Jahren bereits wieder einging. Einen zweiten Anlauf unternahm die katholische Zentrumspartei in Konstanz 1885 mit der Gründung eines Pressvereins, der die finanzielle Grundlage für das Erscheinen der »Konstanzer Nachrichten« seit dem 1. Januar 1886 bildete. Um die finanzielle Basis der »Konstanzer Nachrichten« zu erweitern, wandelte sich der Pressverein 1896 in eine Aktiengesellschaft um, die über ein Kapital von 15 000 M verfügte.

Sämtliche Aktionäre waren dabei Mitglieder und Anhänger der katholischen Zentrumspartei und konnten unter keinen Umständen mit finanziellem Gewinn rechnen. Im Gegenteil: Vielmehr machten die »Konstanzer Nachrichten« allein im Jahr 1900 über 2700 M Verlust und waren wiederholt auf Spenden und außerordentliche Zuwendungen der Aktionäre angewiesen. Insgesamt trifft für das Jahr 1900 die Feststellung Baurs noch durchaus zu, »dass im Seekreis fast unumschränkt die liberale »Konstanzer Zeitung« herrschte«,⁶ die sich freilich der Protektion der Behörde sicher sein konnte, da sie als einziges Blatt amtliche Bekanntmachungen drucken durfte, von denen im nationalliberal geprägten Baden die Zentrums presse so gut wie ausgeschlossen war.

Doch hatten die »Konstanzer Nachrichten« nicht nur mit der Konkurrenz der »Konstanzer Zeitung« zu kämpfen, sondern auch mit den strukturellen Problemen der gesamten katholischen Presse. Seit Mitte der 1880er Jahre hatte der Vorsitzende der katholischen Zentrumspartei in Baden, Theodor Wacker, die Ausbreitung der katholischen Tagespresse engagiert gefördert, so dass vor dem Ersten Weltkrieg etwas über 40 katholische Tageszeitungen in Baden bestanden. Dies hatte jedoch zur Folge, dass nunmehr fast jede Amtsstadt ein eigenes Zentrumsblatt besaß, das finanziell meist nur auf einer sehr schmalen Basis operieren konnte und über eine Auflage von 2000–3000 Exemplaren kaum hinaus kam.

Dies führte zu einer überaus scharfen Konkurrenz auch innerhalb des katholischen Zeitungswesens. Neben den »Konstanzer Nachrichten« erschienen im Bodenseegebiet insgesamt sieben weitere Zentrumszeitungen u. a. in Engen, Singen, Radolfzell, Überlingen, Salem, Markdorf und Pfullendorf. Kurz, das Hauptproblem der katholischen Presse lag in der überaus starken Zersplitterung, was bereits vor dem Ersten Weltkrieg dazu führte, dass einzelne katholische Presseorgane eingestellt werden mussten. Im Zuge der durch den Weltkrieg und die Inflation gestiegenen Papier- und Arbeitskosten standen schließlich in der Weimarer Republik zahlreiche katholische Organe vor dem finanziellen Aus.

5 Baur, a. a. O. 1929, S. 31

6 Ebenda

Es ist sicherlich das Verdienst Baurs diese Probleme bereits um 1900 eindeutig erkannt zu haben, als er feststellte, »dass ein dauerhafter Erfolg der Zentrumssache im Seekreis nur möglich sei, wenn in der Zentrale des Kreises dem führenden liberalen Blatte ein modern ausgebautes und entsprechend auflagenstarkes Zentrumsblatt gegenüber gestellt werden konnte«.⁷ In diesem Sinne war Baur als Mitglied des Aufsichtsrates der »Konstanzer Nachrichten« und im Landesparteivorstand der Badischen Zentrumspartei, dem Baur seit 1903 angehörte, dauerhaft tätig. Der Initiative Baurs war es schließlich zu verdanken, dass der Konstanzer Pressverein für seine Zeitung im Jahr 1905 in den Erwerb eines repräsentativen Verlagsgebäudes am Konstanzer Münsterplatz, in den Kauf einer eigenen Druckerei und schließlich in die Anstellung eines eigenen hauptamtlichen Direktors, Alfred Merk, investierte.

Alle Investitionen zahlten sich aus. Noch vor dem Ersten Weltkrieg gelang es, die Auflage der Zeitung von 2000 auf 5500 Exemplare zu steigern. Auch nach dem Ersten Weltkrieg sah Baur »in der Erhaltung und im weiteren Ausbau der katholischen Presse, des Rückgrates einer erfolgreich arbeitenden Partei«,⁸ seine erste Sorge. Völlig zu Recht erkannte Baur, dass im Krieg und in der Inflationszeit auf Grund massiv gestiegener Papier- und Lohnkosten zahlreiche Zeitungsunternehmen zu Grunde gingen, u. a. auch das demokratische Organ der Stadt Konstanz. Dementsprechend galt es für Baur, einem Rat des Landesvorsitzenden der Badischen Zentrumspartei, Dr. Schofer, zu folgen und rechtzeitig den Anschluss einer Anzahl kleinerer Parteiblätter an das Hauptorgan in der Kreishauptstadt zu erreichen, um sie vor dem Untergang zu bewahren.

Mit anderen Worten, »es galt angesichts der wirtschaftlichen Krise der 20er Jahre die Zersplitterung der katholischen Provinz presse zu überwinden und an deren Stelle ein großes auflagenstarkes Organ zu setzen«. In diesem Sinne wurden im Jahr 1923 die vier Zentrumsblätter in Singen, Konstanz, Überlingen und Stockach zu einer Gemeinschaftszeitung »Deutsche Bodenseezeitung« vereinigt. »Die Wirkung war«, wie Baur zu Recht feststellen konnte, »eine ausgezeichnete«.⁹ Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich die »Deutsche Bodenseezeitung« mit einer Auflage von 19 000 Exemplaren zum mit Abstand auflagenstärksten Blatt der katholischen Zentrumspartei in Baden. Sie erreichte einen Leserkreis über die Landesgrenzen hinaus bis in die Schweiz und nach Württemberg und gehörte zu den 9 Prozent der größten Zeitungen innerhalb des Deutschen Reiches.

Mit den Bemerkungen über die »Deutsche Bodenseezeitung« sind wir freilich weit vorausgeilett. Sie sollten jedoch deutlich machen, welch wichtigen Beitrag Baur zum Ausbau der katholischen Parteiorganisation in Konstanz seit dem Beginn des Jahrhunderts geleistet hat. Niemals mit letzter Konsequenz angestrebt hat Baur dagegen ein parlamentarisches Mandat. So betonte er in seinen Memoiren, dass es ihm stets mehr Freude gemacht habe, für andere Gesinnungsgenossen als Kandidaten im

7 Ebenda

8 Ebenda, S. 58

9 Ebenda, S. 59

Interesse der Sache einzutreten, als eine eigene Kandidatur zu betreiben. Aus diesem Grund verzichtete er auch 1911 nach dem Tod von Friedrich Hug auf eine Reichstagskandidatur und unterstützte vielmehr seinen Parteifreund Carl Diez aus Radolfzell, der in diesem Jahr erstmals in den Reichstag gewählt wurde und das Mandat schließlich bis 1933 verteidigen konnte.

Gleichwohl hat Baur sowohl bei den Landtagswahlen von 1905 und 1909 im Amtsbezirk Konstanz als auch im Wahlkreis Meßkirch–Stockach für den Badischen Landtag kandidiert. Besonders 1905 in Konstanz konnte Baur mit 34,1 Prozent aller abgegebenen Stimmen ein hervorragendes Ergebnis erzielen, wurde aber dennoch nicht gewählt. Der Grund hierfür lag vor allem in der Entwicklung der badischen Innenpolitik um die Jahrhundertwende. Seit 1888 verfolgte die Badische Zentrumspartei neben dem Eintreten für den Abbau der Kulturkampfgesetzgebung ein zentrales Ziel: eine Reform des Wahlrechts. Gefordert wurde dabei von Theodor Wacker einerseits die Abschaffung des indirekten Wahlrechts, das der nationalliberal geprägten Bürokratie stets die Möglichkeit gegeben hatte, die Wahlen im Sinne der nationalliberalen Partei und zu Ungunsten der Zentrumsparthei zu beeinflussen. Andererseits erstrebte die Zentrumsparthei eine Neueinteilung der Wahlkreise, denn die eher städtisch-protestantischen Gebiete waren gegenüber agrarisch-katholisch geprägten Gebieten klar bevorzugt.

Das Ziel der Wahlrechtsreform hatte die Zentrumsparthei im Zusammenspiel mit Linkoliberalismus und Sozialdemokratie verfolgt und war schließlich im Jahr 1904 erfolgreich gewesen. Nunmehr wurde die Zahl der Wahlkreise von 63 auf 73 erhöht und zudem die vom Zentrum schon längst geforderte direkte Wahl eingeführt. Geraade dies ließ eine absolute Mehrheit der Zentrumsparthei bei den kommenden Landtagswahlen als durchaus wahrscheinlich erscheinen. Um nunmehr diese Möglichkeit einer katholischen Parlamentsmehrheit zu verhindern, schlossen sich anlässlich der Stichwahlen des Jahres 1905 sämtliche liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie zum so genannten Großblock zusammen. Dabei handelte es sich um ein Stichwahlabkommen, das sich in den folgenden Jahren zu einer Art informeller Koalition entwickelte, deren Gemeinsamkeiten in allererster Linie in der gemeinsamen Frontstellung gegenüber dem politischen Katholizismus lagen.

Dies alles hatte auch Rückwirkungen auf die Wahl in Konstanz. 1899 hatten die Konstanzer Nationalliberalen den demokratischen Kandidaten Venedey auf das Schärfste verunglimpt und die Parole aufgestellt: »Kein Bürger, der treu zur Monarchie hält, kein Angestellter eines monarchischen Staates und eines edlen Fürsten dürfe für den Republikaner und Revolutionär Venedey stimmen.«¹⁰ Nach dem Zusammenschluss der liberalen und demokratischen Parteien zum Block, bzw. mit den sozialdemokratischen zum Großblock, konnte Venedey jedoch – für Baur durchaus überraschend – im Herbst 1905 auf die Unterstützung von Nationalliberalen und Sozialisten gleichermaßen zählen, so dass er in der Stichwahl gegen Baur mit 1644 gegen 1031 Stimmen gewählt wurde.

10 Zit. bei Baur, a. a. O. 1929, S. 32

Im Zentrum der politischen Tätigkeit Baurs in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg und sogar noch in den beiden ersten Kriegsjahren stand ohne Zweifel weiterhin die Auseinandersetzung mit dem badischen Nationalliberalismus und das Eintreten für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der badischen Katholiken. Seinen Ausdruck fand die Politik Baurs u. a. in einer ganzen Reihe von durchaus politisch motivierten Prozessen, in denen Baur die Interessen der katholischen Geistlichkeit oder aber der katholischen Tagespresse vertrat.

Die Proklamation des Burgfriedens nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs im September 1914 nutzte Baur, um erneut ausdrücklich dagegen zu protestieren, dass in Baden auch weiterhin »katholische Ordensleute als Staatsfeinde behandelt« würden.¹¹ Den konkreten Anlass für den Protest Baurs bildete ein am 7. Januar 1915 ausgesprochenes Predigtverbot für einen Jesuiten in der Konstanzer Dreifaltigkeitskirche. Baur sah sich nunmehr veranlasst, in einem – seiner persönlichen Einschätzung nach – sachlichen Artikel unter der Überschrift »Burgfrieden« zunächst in der »Augsburger Postzeitung« und später in den »Konstanzer Nachrichten« den Nachweis zu führen, dass kein Gesetz existiere, welches die Predigt eines deutschen Jesuiten verbiete. Selbstverständlich hatte der Artikel ein geharnischtes Schreiben der badischen Staatsregierung sowohl an die »Konstanzer Nachrichten« als auch an Baur persönlich zur Folge, in dem diesen vorgeworfen wurde, den konfessionellen Frieden zu stören.

Trotz der Androhung scharfer Maßnahmen konnte dies Baur nicht davon abhalten, nochmals auf die, wie er betonte, »Ungesetzlichkeit und Ungerechtigkeit des Vorgehens gegen deutsche Staatsbürger, welche dem Jesuitenorden angehörten«, hinzuweisen. Am Ende konnte Baur mit großer Befriedigung feststellen, dass die zwischen ihm und dem badischen Innenministerium geführte verbale Auseinandersetzung letztlich sowohl in der Budgetkommission des Reichs- als auch des Landtages thematisiert wurde und sich die badische Regierung im Zuge des Burgfriedens dazu genötigt sah, die Beseitigung der den Jesuitenorden betreffenden Verbotsvorschriften für die Zeit nach dem Kriege zuzusagen.

Neben dem Eintreten für die Rechte der Ordensgeistlichen gehörte der Protest gegen die fortgesetzte Nichtbeachtung katholischer Presseorgane bei der Vergabe der amtlichen Bekanntmachungen sowie der Protest gegen die ungleiche Behandlung kirchentreuer Katholiken bei Stellenbesetzungen in der staatlichen Verwaltung und den Organen der Selbstverwaltung zu den zentralen, von Baur stets aufgegriffenen Themen. Doch gelang es weder Baur allein, noch der Badischen Zentrumspartei insgesamt, bei diesen Fragen eine grundlegende Änderung der Haltung der badischen Regierung bis Kriegsende herbeizuführen.

Die entscheidende Wende im Leben Hugo Baurs bedeutete jedoch, wie schon eingangs erwähnt, die Verabschiedung der Friedensresolution des Deutschen Reichstags im Juli 1917. Um diesen Einschnitt zu verstehen, gilt es jedoch, etwas weiter auszuholen. Noch Anfang 1917, nach der Ablehnung der Friedensnote der Mittel-

11 Baur, a. a. O. 1929, S. 36–37

mächte durch die Entente, hatten Vertreter der Deutschen, wie auch der Badischen Zentrumspartei sehr weitgesteckte Kriegsziele verfolgt. So hatte beispielsweise der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Badischen Zentrumspartei im Landtag, Ferdinand Kopf, eine Note der Freiburger Bürgerschaft unterzeichnet, in der zur »Abrechnung mit den Feinden« aufgefordert wurde und in der unter anderem Gebietsgewinne am Westabhang der Vogesen, die Schaffung eines von Deutschland abhängigen Königreichs Polen und schließlich Gebietsgewinne im Baltikum gefordert wurden. Auch Konstantin Fehrenbach hatte noch im Juni 1917 vor dem Freiburger Männergesangsverein für einen Siegfrieden plädiert.

Zu einer Änderung kam es freilich angesichts der Rede, die Matthias Erzberger Anfang Juli 1917 vor dem Hauptausschuss des Reichstages gehalten hatte, in der er die Kriegsmüdigkeit des österreichischen Bündnispartners und vor allen Dingen die Fehleinschätzung der Obersten Heeresleitung, auf dem Wege des uneingeschränkten U-Boot-Krieges England innerhalb eines halben Jahres besiegen zu können, offenlegte. Die Rede Erzbergers hatte schließlich die Verabschiedung der von ihm und Konstantin Fehrenbach eingebrochenen Friedensresolution zur Folge, die sich nunmehr zu einem Frieden ohne Annexionen und Reparationen bekannte, bei dem sich die bisherigen Feinde als gleichberechtigte Partner begegnen sollten.

Freilich war die Friedensresolution Erzbergers auch innerhalb der eigenen Partei keineswegs unumstritten, vielmehr schlossen sich auch später führende Exponenten der Badischen Zentrumspartei der Deutschen Vaterlandspartei an, die in der Folgezeit massiv gegen den »Verzichtsfrieden« polemisierte und ihrerseits für einen »Siegfrieden« eintrat. Baur bezog in dieser Diskussion ganz klar zu Gunsten Erzbergers Stellung und brachte diese Position auch bei der Debatte über die Friedensresolution im Reichsausschuss der Deutschen Zentrumspartei zum Ausdruck.

Die Entente und insbesondere England waren nach der festen Überzeugung Baurs im Jahr 1917 durchaus dazu bereit, in Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Reichstagsresolution einzutreten, wenn diese nicht durch den neuen Reichskanzler Michaelis verwässert worden bzw. das Deutsche Reich zu einer Räumung Belgiens bereit gewesen wäre. Somit wurde Erzberger in jeder Hinsicht zum politischen Vorbild Baurs, der in ihm den ersten Zentrumspolitiker sah, »der im Jahre 1917, die gefährliche Lage erkennend, mutig nach einem Ausweg zur Rettung des deutschen Volkes suchte. Wenn er damals an verantwortliche Stelle gekommen wäre, hätte meinem Ermessen nach Europa keinen vierten Kriegswinter erleben müssen und Deutschland einen erträglichen Frieden bekommen.«¹² Das Gegenteil zu Erzberger, den Baur zeitweise ein wenig zu kritiklos sieht, bildete für den Konstanzer Politiker die Oberste Heeresleitung, die von ihm freilich zu Recht scharf kritisiert wurde.¹³

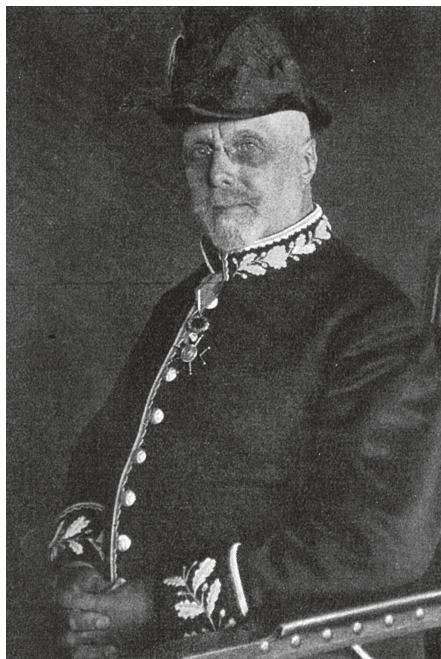
Die enge Verbundenheit zu Matthias Erzberger sollte schließlich dazu führen, dass Baur sich auch in der Nachkriegszeit rückhaltlos für die Politik Erzbergers als Finanzminister einsetzte und auch dessen in der – an sich föderalistisch eingestell-

12 Ebenda, S. 54

13 Die Zitate bei Baur, a. a. O. 1929, S. 60



Hugo Baur, Titelbild von: Mein politischer Lebenslauf, Konstanz 1929



Hugo Baur als Commendatore des Ordens vom hl. Gregor dem Großen

ten – Zentrumspartei umstrittene Finanzreform unterstützte. So bildete für Baur die Finanzreform und der mit ihr verbundene Übergang von Bahn, Post und Finanzverwaltung auf das Reich eine überaus wichtige Klammer zum Erhalt des Deutschen Reichs, genauso wie Baur die von Erzberger ins Auge gefassten Pläne für eine Neu-gliederung des Reiches unterstützte.

Den Idealen Erzbergers verpflichtet fühlte sich Baur in der Nachkriegszeit auch bei seinem aktiven Engagement im Friedensbund der Deutschen Katholiken sowie bei der Organisation der sogenannten »Bodensee-Konferenzen« jeweils in der Pfingstwoche in den Jahren 1921–26. Zu diesen Zusammenkünften lud Baur führende christliche Politiker aus dem Deutschen Reich, Österreich und der Schweiz nach Konstanz ein, um über politische, soziale und kulturelle Probleme auf der Grundlage von Referaten gemeinsam zu debattieren. Als Hauptziel der »Bodensee-Konferenzen« definierte Baur »dem großen Verständigungsideal im Völkerleben zu dienen«, wobei sich die Teilnehmer der Tagungen darüber im Klaren sein sollten, »dass die einzelnen Völker in ihrem Eigenleben viele Glieder eines großen Organismus sind, in welchem die Wohlfahrt der einzelnen Glieder, auch die Wohlfahrt des Gesamtorganismus bedingt und umgekehrt.« Auf der Grundlage des Christentums sollten »Auswege« aus den Wirrnissen der Gegenwart und Wege zur Wiederherstellung des Friedens gefunden werden.

In diesem Sinne war für Baur der Bodensee »eine Völker verbindende Brücke zur Annäherung der Uferstaaten«, eine Brücke, die es für Baur noch weiter zu schlagen galt, um auch eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich herbeiführen zu können. Diesem eindeutigen Bekenntnis Baurs in der Außenpolitik zu Frieden und Völkerverständigung in den 1920er Jahren entsprach zum gleichen Zeitpunkt das couragierte Eintreten des Konstanzer Politikers für den demokratisch-republikanischen Verfassungsstaat im Inneren.

Entsprechend der katholischen Staatslehre und angesichts der Gefahr der Entstehung einer möglichen sozialistischen Räterepublik hat Baur die Revolution des Jahres 1918 zunächst abgelehnt und alles getan, um diese zu bremsen. So setzte sich Baur bereits am 8. November 1918 mit dem nationalliberalen Oberbürgermeister von Konstanz, Hermann Dietrich, in Verbindung, um gemeinsam Wege zu finden, wie man der Revolution entgegentreten könnte. Jedoch blieben dies Planspiele, da am 10. November 1918 die revolutionäre Bewegung auch die Bodenseemetropole Konstanz erreichte. Schon zuvor war es in Karlsruhe zur Konstituierung einer »Vorläufigen Volksregierung« gekommen, bei der es sich jedoch um eine Allparteienregierung handelte, in der neben den Vertretern der sozialistischen Parteien auch zwei Minister der Zentrumspartei und jeweils ein Demokrat und ein Nationalliberaler vertreten waren.

Die Regierungsbeteiligung der Zentrumspartei, die maßgeblich durch Heinrich Köhler initiiert wurde, war dabei in weiten Parteikreisen auf überaus schwere Bedenken gestoßen, gleichwohl hatte man sich mit ihr letztlich abgefunden, nachdem der nunmehr scheidende Großherzog den bürgerlichen Regierungsmitgliedern ausdrücklich für ihre Tätigkeit gedankt hatte. Zudem hatte auch die katholische Kirche, wenngleich sie die Revolution prinzipiell ablehnte, ausdrücklich die Regierungsbeteiligung des Zentrums gebilligt und für eine Zusammenarbeit der Katholiken mit der Sozialdemokratie innerhalb der Regierung wie auch der Rätebewegung plädiert, um ein weiteres Abdriften der Revolution nach links zu verhindern.

Diesen Handlungsmaximen fühlte sich nun ebenfalls Hugo Baur verpflichtet, der sämtlichen Gesinnungsgenossen riet, in die neu zu bildenden Räte einzutreten, um dort »Schlimmeres zu verhindern«.¹⁴ In diesem Sinne organisierte Baur zusammen mit dem Radolfzeller Reichstagsabgeordneten Carl Diez im Seekreis die Bauernräte in der Absicht, »die Bauernschaft vor radikalen Elementen zu bewahren«. Tatsächlich hat sich die von Baur wie auch der Zentrumspartei eingeschlagene Linie bewährt, da es in Baden recht schnell gelang, Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung auszuschreiben, aus denen die Badische Zentrumspartei als stärkste Kraft im Land hervorging.

Im Zuge des Aufbaus der Weimarer Republik folgten im Jahr 1919 noch eine ganze Reihe von Wahlkämpfen für den Reichstag, die Gemeinde, den Kreis, den Bezirksrat usw., in denen wir Baur als einen unermüdlichen Wahlkämpfer treffen, dessen Gesundheit freilich immer stärker belastet wurde. Seine Arbeit wurde insofern

14 Baur, a. a. O. 1929, S. 51 – das folgende Zitat ebenda

erschwert, als die Zentrumspartei nunmehr als Regierungsparтиe in Reich und Land für die gesamten wirtschaftlichen und außenpolitischen Rückschläge der Weimarer Zeit verantwortlich gemacht wurde. Besonders bedrückend für Baur war freilich die persönliche, überaus gehässige Hetze gegen seinen Freund Matthias Erzberger von Seiten der Deutschnationalen, die schließlich den geistigen Anstoß zur Ermordung des württembergischen Zentrumspolitikers lieferte.

Als enger Freund Erzbergers war es selbstverständlich Baur, der am 6. September 1921 für Erzberger in Karlsruhe eine Totenrede hielt und diesen dabei als »Märtyrer der katholischen Sache« sowie als »Märtyrer für sein patriotisches Wirken«¹⁵ würdigte. Da Baur freilich nicht nur die Verdienste Erzbergers darlegte, der in schwerer Stunde als Leiter der Waffenstillstandskommission im November 1918 Verantwortung übernommen hatte, sondern auch auf die »zahllosen Hetzartikel« gegen Erzberger von Seiten »gewisser Militär- und Kapitalistenkreise« und des evangelischen Bundes hinwies, brachte ihm genau diese Totenrede eine Anzeige wegen Störung des konfessionellen Friedens durch den evangelischen Oberkirchenrat ein.

Gerade der Mord an Erzberger und die mit derselben Intensität verfolgte Hetze gegen Josef Wirth als einem der prominentesten Vertreter des Linkskatholizismus waren es, die Baur zu einem überaus engagierten Verteidiger des republikanisch-demokratischen Staates werden ließen. Baur hat diese Haltung durch seine Teilnahme an der Gründung des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold« in Konstanz genauso zum Ausdruck gebracht, wie durch seine eindeutige Haltung im Reichspräsidentenwahlkampf 1925. Während hier die Schwesterpartei des Badischen Zentrums, die Bayrische Volkspartei, im zweiten Wahlgang unumwunden Paul von Hindenburg unterstützte, ließen das Badische Zentrum – und mit ihm Baur – an ihrer eindeutig pro-republikanischen Einstellung nicht die geringsten Zweifel.

Den Höhepunkt seines Eintretens für den demokratischen Verfassungsstaat bildete freilich die Organisation des oberbadischen Republikanertages in Konstanz im Jahr 1926, auf dem die von Baur ins Leben gerufene »Deutsche Bodenseezeitung« die politische Leitlinie für die Katholiken des Seekreises vorgab: »Schwarz-rot-gold ist die Fahne des Deutschen Reiches, diese Farben sind das historische Symbol des Deutschtums. – [...] Das neue Deutschland will seinen Aufbau auf einem besseren Fundament vollziehen, auf dem der Verständigung und der gegenseitigen Achtung der Völker und im Innern auf dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Freiheit. Die Verfassung von Weimar bildet den äußeren Ausdruck dieses Strebens. Deutschland hat sich nach dem Zusammenbruch in eine Republik umgewandelt, das deutsche Volk wollte es so und hält heute mit wahrer Inbrunst daran fest.«¹⁶

15 Dieses wie auch die folgenden Zitate nach Baur, a. a. O. 1929, S. 57–58

16 Deutsche Bodenseezeitung vom 25.5.1926; vgl. auch Burchardt, Lothar, Schott, Dieter und Trapp, Werner: Konstanz im 20. Jahrhundert. Die Jahre 1914–1945. Geschichte der Stadt Konstanz Band 5, Konstanz 1990, S. 169 ff

Das engagierte politische Wirken Baurs fand freilich ein abruptes Ende, da der Konstanzer Zentrumspolitiker seit 1927 an einer schweren Erkrankung des Nervensystems litt, die zur Lähmung der Beine führte und somit eine aktive politische Beteiligung fortan ausschloss. Schon 1928 musste er den Vorsitz der Zentrumspartei im I. badischen Landtagswahlkreis niederlegen. Immerhin fand Baur noch die Möglichkeit, seine Lebensbeschreibung aufzuzeichnen. Neben Carl Diez und Heinrich Köhler ist er der einzige Zentrumspolitiker der Weimarer Zeit aus Baden, von dem wir Lebenserinnerungen besitzen. Baurs Aufzeichnungen geben uns einen lebendigen Einblick in das katholische Milieu der Kreishauptstadt am Bodensee in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.

Nachzutragen bleibt freilich noch, dass Baur als überzeugter Demokrat die Barbarei des Nationalsozialismus verabscheute und mit dem Widerstandskreis des bayerischen Grafen Lerchenfeld-Köfering in Verbindung stand. 1941 starb Hugo Baur, wenige Wochen nach seinem Tod musste die von ihm begründete »Deutsche Bodenseezeitung«, in der noch ein Nachruf auf ihn erschienen war, nach langem Kampf ums Überleben im NS-Regime ihre Tätigkeit einstellen.

Festhalten lässt sich: Wir haben mit Hugo Baur einen Politiker kennengelernt, der sich, ohne selbst nach politischen Ämtern zu streben, in den Dienst der Interessen seiner Partei, der badischen Katholiken und schließlich der Weimarer Republik gestellt hat. Hätte es in der ersten deutschen Demokratie mehr Männer solchen Zuschnitts gegeben, wäre ihr ohne Zweifel ein anderes Schicksal beschieden gewesen.